

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1912

273 (5.10.1912) 2. Blatt

Staatsanzeiger für das Großherzogtum Baden

Volkswirtschaftliche Beilage.

Zum Gemeindehaushalt der Stadt Karlsruhe im Jahre 1911.

Der Rechnungsbild der Stadtgemeinde Karlsruhe für das Jahr 1911 ist schon erschienen. Über dessen Inhalt wird uns u. a. folgendes mitgeteilt:

Die laufenden Wirtschaftseinnahmen der Stadthauptkasse beliefen sich auf 10 408 152 M. 02 Pf., die Gesamtausgaben auf 9 398 567 M. 99 Pf., die Wirtschaft hat somit einen Überschuss der Einnahmen über die Ausgaben im Betrage von 1 009 584 M. 03 Pf. ergeben; er würde 1 225 185 M. 14 Pf. betragen, wenn der Berechnung das Rechnungsjahr zugrunde gelegt wäre. Gegenüber dem Abschluß des Jahres 1910 trat eine Vermehrung des Wirtschaftsergebnisses von 217 082 M. ein. Daraus sind 934 651 M. in dem Voranschlag 1912 als Einnahme vorgesehen. Dieser Betrag dient zur Deckung eines Teiles der Wirtschaftsausgaben dieses Jahres und vermindert daher den Umlagefuß um 9 Pf. für 100 Mark Eigenschafts- und Gewerbesteuer, sowie um 14,4 Proz. von den staatlichen Einkommensteuern. Der Wirtschaftsergebnisüberschuss wurde im wesentlichen erreicht durch Mehrerlöse aus dem Gaswerke, Wasserwerke, Elektrizitätswerk, Schlacht- und Viehhof, der Kasse für das Bestattungswesen, durch Mehrerträge aus den Umlagen und Mehrerlösen aus Waldungen, an Zinsen, Verleihen und Warenhaussteuer und dem erstmaligen Ertrag aus der Reichwertzuwachssteuer, der im Voranschlag nicht vorgesehen war. Bei den Ausgaben sind wesentlich hinter dem Voranschlag zurückgeblieben die Zuschüsse der Staatskasse an die Straßenbahn, den Rheinhafen, der Stadtgärten, das Bierordnungsamt, das Krankenhaus und die Schulen. Bei dem persönlichen und sachlichen Verwaltungsaufwand und bei der Straßenunterhaltung und Straßeneinrichtung konnten ebenfalls Ersparnisse erzielt werden. Anhängig wirkten dagegen auf den Wirtschaftsergebnisüberschuss Mehrausgaben für die Armenpflege, für Notstandsarbeiten, für die Gemeindefürsorge sowie hohe Umlagerücklagen und das Anwachsen der Kreisumlage.

An den Einnahmen des Jahres 1911 im Gesamtbetrage von 10 408 152 M. 02 Pf. im wesentlichen beteiligt die gewerblichen Betriebe (Gaswerk, Wasserwerk, Elektrizitätswerk, Straßenbahn) mit 2,4 Millionen Mark (23 Proz.), der Rheinhafen mit 2 150 000 M. (3 Proz.), der Schlacht- und Viehhof mit 1 740 000 M. (2 Proz.). Durch Umlagen, Verleihen und Warenhaussteuer wurden erhoben 4,5 Millionen Mark (43 Proz.), die Eigenschaftssteuer mit den Nutzungswerten für die zu öffentlichen Zwecken dienenden Gebäude nahezu 1 Million Mark (9 Proz.); an Gebühren sind 86 000 M. (1 Proz.) zu verzeichnen, während sich der Rest mit 1,8 Millionen Mark (17 Proz.) auf sonstige Einnahmequellen verteilt.

Unter den Ausgaben im Gesamtbetrag von 9,4 Millionen Mark stehen diejenigen für die Schuldentilgung und Verzinsung mit 2,4 Millionen Mark (25 Proz.) an erster Stelle, ihnen folgt der Aufwand für Mittel- und Volksschulen mit 2 Millionen Mark (22 Proz.), für Unterhaltung der Wege, Plätze und Gewässer wurden nahezu 1 Million Mark (10 Proz.) aufgewendet. Die eigentliche Gemeindeverwaltung und die bauliche Unterhaltung der Verwaltungsgebäude erforderten an nähernd 1 Million Mark (10 Proz.); die Ausgaben für die Armen- und Krankenpflege beliefen sich auf 860 000 M. (9 Proz.); für die Kreisumlage und den Polizeiaufwand mußte die Stadt beinahe eine halbe Million Mark (5 Proz.) ausgeben.

Über das Vermögen der Stadt gibt der Rechnungsbild folgende Aufklärung: Die nach den gesetzlichen Bestimmungen aufgenommenen Vermögenswerte beliefen sich am Jahreschluß auf 57 005 783 M. 83 Pf. Nach Abzug der Schulden mit 42 980 022 M. 70 Pf. verblieb auf 31. Dezember 1911 ein Reinvermögen von 14 025 761 M. 13 Pf. Es ist gegenüber dem Vorjahr um 2 151 964 M. 60 Pf. gestiegen. In dieser Darstellung sind die Gebäude nur mit ihrem Bruttovermögenswert, die Grundstücke mit dem Steueranschlag, die gewerblichen Einrichtungen mit den wirklichen Anlagekosten aufgenommen. Der wirkliche Wert ist jedoch wesentlich höher, zumal ein Teil der Grundstücke überhaupt nicht steuerpflichtig ist und der Bruttovermögenswert den Grund und Boden, auf dem die Gebäude stehen, sowie die Umfassungsmauern der Gebäude nicht enthält. Bei den gewerblichen Anlagen ist ferner die Aente nicht berücksichtigt. Die Stadtgemeinde hat daher noch eine Berechnung nach dem wirklichen Wert der Gebäude in Betracht kommenden Vermögensgegenstände aufgestellt, nach der das Reinvermögen der Stadt 71 902 740 M. 55 Pf. beträgt. Im Vorjahre belief sich dasselbe auf 63 109 816 M. 42 Pf., die Vermehrung beträgt hier daher nahezu 9 Millionen Mark. Dies rührt daher, daß die Eigenschaften einer Neueinschätzung unterzogen wurden, die einen Mehrwert von 6 Millionen Mark ergab und die Ertragswerte der Werke infolge des steigenden Reinertrags um 4 Millionen Mark zugenommen haben.

Neben diesem Vermögen besitzen noch die Spar- und Pfandleihkasse 1,4 Millionen Mark und die weltlichen Ortsstiftungen 2,4 Millionen. Schließlich führt der Rechnungsbild noch an, daß die Stadt 34 Denkmäler, Zierbrunnen und öffentlich aufgestellte Figuren im Anschaffungswert von 1 022 100 M. besitzt. Die Schulden haben sich gegen das Vorjahr um 144 784 M. 92 Pf. vermindert, da nur 620 000 M. neue Schulden aufgenommen wurden, während 922 600 M. abgelöst werden konnten.

Die Auswanderung aus Baden nach überseeischen Ländern.

Die Auswanderung aus Baden nach überseeischen Ländern ist, wenn man sie an der Hand der Reichsstatistik verfolgt, in den letzten 30 Jahren ständig zurückgegangen. Nach den amtlichen Feststellungen sind im Jahre 1880 3121 Personen über deutsche Häfen und 8459 Personen über fremde Häfen, insgesamt 11 580 Badener, ausgewandert. Ihr Reiseziel war Amerika. Im nächsten Jahre ist die Zahl der Ausgewanderten der von 1880 nahezu gleich, 1882 sind es insgesamt 10 706, 1883 9092 und im nächstfolgenden Jahre schon über 2000 weniger. Die Zahl der Ausgewanderten steigt im Jahre 1885 auf 4676, steigt von 1887 ab wieder über 5000. Das Ziel der Ausgewanderten ist hier immer noch in der Hauptsache Amerika und hierbei vor allem sind es die Vereinigten Staaten, die bevorzugt werden. Nur wenige Auswanderer wenden sich nach Afrika, Asien, Australien. Nachdem im Jahre 1895 die Zahl der Ausgewanderten nochmals auf 3299 steigt, nachdem sie im Jahr zuvor nur 1720 betragen hatte, werden die Laufend nur noch in den beiden folgenden Jahren (1896 und

1897) und dann erst wieder 1906 und 1907 erreicht. In der dazwischen liegenden Periode, wie auch in den späteren Jahren bis 1911 bleibt die Zahl erheblich zurück. Sie sinkt im Jahre 1901 auf 611, zeigt dann eine etwas steigende Tendenz, geht 1908 abermals auf 608 zurück und erreicht in den folgenden Jahren 1909 648, 1910 822, und 1911 749 Personen. Bis zum Jahre 1898 werden die fremden Häfen von den auswandernden Personen weit mehr benützt, wie die deutschen Häfen. Erst von 1899 ab weisen die letzteren höhere Auswandererzahlen auf. In den letzten Jahren wird der Unterschied sogar sehr erheblich, 1903 z. B. wandern 603 Personen über die deutschen Häfen und 320 über die fremden Häfen aus, 1908 betragen 554 Personen die deutschen und nur 114 die fremden Häfen. Im Jahre 1911 wurden sodann 655 Personen gezählt, die über die deutschen und 94, die über die fremden Häfen auswanderten.

Handelskammer Karlsruhe.

In der jüngsten Versammlung wurde, dem uns übermittelten Verhandlungsbericht zufolge, u. a. beschlossen, zwecks Beteiligung an einer Feier, die die Stadtgemeinde Karlsruhe im Jahre 1918 anlässlich der Eröffnung des Nordbades des Karlsruher Rheinhafens zu veranstalten beabsichtigt, eine geübte Summe in den nächsten Voranschlag einzustellen. Weiter soll in dem Voranschlag für 1913 ein Betrag vorgesehen werden, bezugs Beitritt zu einer Vereinigung, die dem Zweck zur Förderung des Verkehrs zwischen Baden und der bayerischen Pfalz, namentlich durch Eröffnung einer festen Rheinbrücke bei Maxau, ins Leben gerufen werden wird. Der bayerische Ufermacher-Landesverband und die Deutsche Ufermacher-Vereinigung haben bei dem Bundesrat beantragt, es möchte § 67 Abs. 1 der Gewerbeordnung dahin abgeändert werden, daß Gold- und Silberwaren, Bruchgold und Bruchsilber sowie Taschenuhren auf Jahrmärkten nicht feilgeboten werden dürfen. Vom Großherzoglichen Ministerium des Innern um eine Stellungnahme zu diesem Antrag ersucht, erklärt die Kammer ihre Zustimmung zu demselben.

Das Großherzogliche Ministerium des Innern hat der Handelskammer um eine Äußerung zu den Vorschlägen ersucht, die ihm vom Großherzoglichen Landesgewerbeamt zur Änderung seiner Verordnung vom 4. August 1907, die Ausbildung und Prüfung der Handelslehrer betreffend, unterbreitet worden waren. Mit dem Vorschlag, die Studienzeit an der Handelshochschule für Handelslehrerandidaten von mindestens 4 auf mindestens 5 Halbjahre auszudehnen, erklärte sich die Handelskammer einverstanden. Dagegen verweigerte sie dem Vorschlag, nicht zuzustimmen, der bezüglich der praktischen Tätigkeit in einem kaufmännischen Geschäft eine unterschiedliche Behandlung der Handelslehrerandidaten (1. Jahre für Abiturienten einer klassischen Mittelschule und Vorkurskandidaten und 2. Jahre für die übrigen Kandidaten) vorschlägt. Sie beharrte hierbei auf dem von ihr zu dieser Frage bereits im Juli l. z. eingenommenen Standpunkte, daß die kaufmännische Tätigkeit für alle Handelslehrerandidaten die gleiche sein und möglichst 2 Jahre umfassen sollte, da die höhere Schulbildung keinen Ersatz für die fehlende kaufmännische Anschauung und Praxis bieten könne.

Der Generaldirektion der Badischen Staatseisenbahnen gegenüber äußerte sich die Handelskammer zu der Frage, ob ein Bedürfnis vorliege, für den Güterverkehr mit Spanien einen direkten Ausnahmefahrt zwischen deutschen Stationen und den spanisch-französischen Grenzstationen Port-Bou und Irun einzurichten. Die Bedürfnisfrage wurde unter Beachtung der aus dem diesseitigen Geschäftsbereiche in Betracht kommenden Stationen bejaht.

Unfälle im Baugewerbe. Nach einer Feststellung der ländlichen Baugewerks-Vereinsgenossenschaft betrug die Zahl der im Jahre 1911 in Baden vorgekommenen Unfälle im Baugewerbe bei einer Durchschnittszahl von 40 416 Arbeitern (1910: 37 861, 1909: 37 252, 1908: 37 684) 356 (gegen 410, 405 und 476 in den drei Vorjahren), der Prozentsatz der Unfälle mithin 0,880 (gegen 1,082, 1,087 und 1,263). Auch die Zahl der tödlich verlaufenen Unfälle mit 21 (gegen 26,24 und 21) und ihr Prozentsatz 0,051 (gegen 0,068, 0,064 und 0,055) hat sich im Jahre 1911 verringert. Dauernde völlige Erwerbsunfähigkeit hatte 1911 ein Unfall zur Folge (1910: 0, 1909: 4, 1908: 7); dauernde teilweise Erwerbsunfähigkeit ergab sich in 99 Fällen (gegen 126, 121 und 143 in den Vorjahren), vorübergehende Erwerbsunfähigkeit in 235 Fällen (gegenüber 258, 256 und 305). Die Zahl der Unfälle ist mithin im Jahre 1911 sowohl an und für sich als auch im Verhältnis zur Durchschnittszahl der Arbeiter erheblich geringer gewesen als in den 3 Vorjahren; insbesondere trifft dies auch bezüglich der tödlich verlaufenen Unfälle zu.

Innungsorganisation. Im Handwerkskammerbezirk Karlsruhe hat sich nach dem Jahresbericht der Handwerkskammer im Geschäftsjahr, 1. April 1911 bis 31. März 1912, gegenüber dem Vorjahr ein härteres Bestreben für die Organisation insbesondere die Fachorganisation von Innungen, geltend gemacht. Neu gegründet hatte sich an Stelle der aufgelösten Zwangsinnung für das Sattler-, Tapezier- und Dekorationshandwerk in Karlsruhe eine freie Innung für diese Gewerbe, ferner eine freie Baugewerksinnung in Baden-Baden, eine freie Wagnerinnung für den Amtsbezirk Bühl. Drei freie Innungen haben die Umwandlung in eine Zwangsinnung mit negativem Erfolg versucht. Den Antrag auf Bildung einer Zwangsinnung für den Kammerbezirk haben die Photographen gestellt, und in Vorbereitung begriffen ist eine Zwangsinnung für das Steinbildhauergewerbe. Ferner wurde mit Unterstützung der Kammer ein Landesverband der Sattler, Tapezierer und Dekorateur für das Großherzogtum und ein Landesverband für das Photographenhandwerk gegründet. Das die gemischten Ver-

einigungen betrifft, so wurde ein Gewerbe- und Landwerkerverein in Aue gegründet.

Geburtenrückgang in Karlsruhe. Der Geburtenrückgang und der Rückgang der Eheschließungen, der sich im ganzen Deutschen Reich bemerkbar macht, ist nach dem vom statistischen Amte der Stadt Karlsruhe für das Jahr 1911 herausgegebenen Jahresbericht auch hier zu verzeichnen. Wie aus der Jahresübersicht hervorgeht, betragen auf 1000 Einwohner berechnet für das Jahr die Eheschließungen 1907: 1176, 1908: 1082, 1909: 1025, 1910: 1014, und 1911: 1002; die Geburten 1907: 3446, 1908: 3419, 1909: 3337, 1910: 3312 und 1911: 3004.

Volkswirtschaftliche Literatur.

Die Entwicklung der kommunalen Schulden in Deutschland von Dr. phil. Johannes Fikner (Weidzig, Hoffmann). Vereinfachterweise ziehen allmählich die stark ansteigenden kommunalen Schulden in Deutschland größere Aufmerksamkeit auf sich. Es mehren sich darum auch die Schriften, welche diese Entwicklung statistisch und kritisch behandeln und in gleichem Maße die Stimmen, welche vor weiterer allzu erheblicher Anspannung dieser Art des öffentlichen Kredits warnen. Zu diesen Stimmen gehört auch das vorliegende Buch. Daß es ein heißes Gebiet ist und lediglich zahlenmäßige Vergleiche zu keinem allgemein gültigen Urteil berechtigen, das hat der bekannte Schriftwechsel zwischen dem Großh. bad. Ministerium des Innern und den badischen Städten bewiesen. Das beweist auch das vorliegende Buch, das zwar reichliche Statistik bringt, aber doch immer wieder vor Fehlern in deren Anwendung und Vergleichen warnt, ja öfter nach deren Unvergleichbarkeit feststellen muß. Soviel aber geht klar daraus hervor, daß die erwähnte Kreditanspannung, mag sie nun im einzelnen zu entschuldigen oder nicht zu entschuldigen sein, in ganz Deutschland, besonders aber im Süden des Reichs, eine ungeheure ist, und daß sie die allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnisse durch Kapitalentziehungen in bedenklicher Höhe stark in Mitleidenschaft zieht. Allgemein gültige Vorschriften verbieten sich bei den zu verschiedenartigen Verhältnissen im einzelnen. Hier kann m. E. die Staatsaufsicht jeweils nur im Einzelfall eingreifen. Ein Eingreifen erscheint aber um so nötiger, als, was die vorliegende Schrift nicht erwähnt, neuerdings auch der Kredit durch die Kirchengemeinden in steigendem Maße in Anspruch genommen wird. Die Berliner Stadtsynode benötigt dazu sogar schon die Börse. In Baden betragen die Schulden evangelischer Kirchengemeinden schon 1909 über 5 Millionen Mark. In Bayern wird über starke katholische Kirchenschulden geklagt. Alle diese Dinge zusammen genommen, verlangen dringend nach einem wirkungsvollen Eingreifen der zur Aufsicht berufenen Staatsbehörde bei weiterer Inanspruchnahme von Gemeindefinanz in erheblichem Umfang. Dr. Fikner.

Dr. S. Dröll, Schicksal Jahre heftiger Eisenbahnpolitik 1836-1896. Ein Beitrag zur Geschichte des deutschen Eisenbahnwesens. (Leipzig, Dunder & Humblot.) Der Verfasser gibt in breiter, vielleicht sogar zu breiter Darstellung ein Bild der Entwicklung der ersten heftigen Bahnen 1836-1854, der Entflechtung der Eisenbahnverhältnisse in Deutschland 1854-1868, der Konzentrationsbewegung im deutschen Eisenbahnwesen 1868-1880, der preussischen Staatsbahnen und ihrer Kämpfe - 1896, bespricht ferner die heftigen Nebenbahnen und die Liquidation d. h. das Aufgehen der heftigen Bahnen in der preussisch-heftigen Eisenbahngemeinschaft. Reichliche statistische Anlagen beleuchten die erwähnten Entwicklungsabschnitte. In einem Schlußkapitel „Das Ergebnis“ behandelt er die trotz aller Bedenken unbestrittenen Vorteile dieser Eisenbahngemeinschaft, die den gewaltigen volkswirtschaftlichen Aufschwung dem Großherzogtum Baden in einem Maße nutzbar gemacht habe, wie es eine selbständige Staatsbahn nicht vermocht hätte. Als Aufgabe der zukünftigen heftigen Eisenbahnpolitik sieht er an, diese wesentlich im Fehlen jedes Einflusses auf die politische Entwicklung Preußens gelegenen Bedenken durch geeignete Maßnahmen auf den dem Großherzogtum gebührenden Gebieten der Verkehrspolitik zu mindern und das Erreichbare zu erreichen. Dr. F.

Kleine Mitteilungen.

Obstortenbestimmungstag. Gelegentlich des diesjährigen Obstmarktes in Karlsruhe veranstaltet die Landwirtschaftskammer am 21. Oktober einen Obstortenbestimmungstag, bei welchem die Namen der eingefandten Früchte durch eine besondere Kommission von Sachverständigen festgestellt wird. Zu dieser Kommission hat die Landwirtschaftskammer beauftragte Obstortenkenner, z. B. auch Herrn Oekonomierat Lukas in Neutlingen, eingeladen. Obstzüchter, die von der vorgesehenen Sortenbestellung Gebrauch machen wollen, haben zu derselben von jeder Sorte eine Probe von vier typischen Früchten mit vollständigem Stiel sowie einen ausgefüllten Fragebogen, der von der Landwirtschaftskammer kostenfrei abgegeben wird, an letztere einzusenden.

Obst- und Honigmarkt in Karlsruhe. Die Badische Landwirtschaftskammer veranstaltet auch in diesem Jahre eine zweitägige Verkaufsstelle für Obst und Honig in der Ausstellungshallen am Festplatz in Karlsruhe am 22. und 23. Oktober. Bekanntlich erfreute sich diese Einrichtung bisher allgemeinen Anklanges in der Bevölkerung, da sie eine ausgezeichnete Gelegenheit bietet, den Bedarf an taubellos sortiertem und gut haltbarem Tafel- und Wirtschaftsobst, sowie naturreinen Bienenhonig direkt vom Produzenten zu erwerben.

Badische Maschinenfabrik und Eisengießerei (Sebald) Dur-

75jähriges Jubiläum der Firma Burgeff. In der Burg

Finanzieller Wochenrückblick.

Frankfurt, 3. Okt. Wie von einem Blitz aus heiterem

Mitleidenschaft gezogen. So verloren, verglichen mit der

Stand der Badischen Bank

am 30. September 1912.

Table with columns for Aktiva (Metallbestand, Reichsbankenscheine, etc.) and Passiva (Grundkapital, Reservefonds, etc.).

Kursbericht der Karlsruher Zeitung, 4. Oktober 1912. Table listing various securities and their prices.

Table listing various securities and their prices, continuing from the previous table.

Aus der Residenz, Karlsruhe, 4. Oktober.

Symphoniekonzerte des Großherzoglichen Hoforchesters.

Vier Dichterverände im Abonnement. Die Hofmusik-

Rheinische Hypothekbank Mannheim.

Eingezahltes Aktienkapital M. 25 500 000.— Hypothekenbestand Ende 1911 M. 567 741 194.78

Interessengemeinschaft Rheinische Creditbank, Pfälzische Bank, Mannheim.

J. A. Krebs, Bankgeschäft Freiburg i. Breisgau. Gewissenhafte Besorgung von Vermögensanlagen...

Basler Handelsbank in Basel und Zürich. Vorteilhafte Anlage von Kapitalien.

Bürgerliche Rechtspflege. a. Streitige Gerichtsbarkeit. E. 599.2 Mannheim.

Dresdner Bank. Aktienkapital: 200 Millionen M. Reserven: 60 Millionen M.

Rheinische Treuhand-Gesellschaft A.-G. Revisionen, Bilanz-Prüfungen, Sanierungen, Liquidationen...

Effentliche Zustellung einer Klage. E. 632.2.1. Mosbach. Die Kaufmann Georg Karl Leuz...